

Niederschrift

über die Sitzung am Montag, 13.09.2021,
im Kreishaus Borken, Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Markus Jasper Heek

Mitglieder:

Frank Hadder	Borken	
Michael Hösing	Bocholt	
Ludger Konrad	Stadtlohn	
Helmut Möllenkotte	Schöppingen	Vertretung für Herrn Volker Jürgen Himmel
Stephanie Pohl	Gescher	
Dr. Heinrich Render	Ahaus	
Theo Sanders	Bocholt	
Christel Wegmann	Rhede	Vertretung für Herrn Bernhard Schemmer
Edgar Gebing	Vreden	
Matthias Haase	Schöppingen	
Daniel Höschler	Bocholt	
Leon Pleuger	Heiden	Vertretung für Herrn Norbert Schulkorf
Richard Henrichs	Stadtlohn	
Vera Timotijevic	Bocholt	
Robert Brandt	Gronau	
Heinz-Josef Ostendorf	Vreden	
Wolfgang Warschewski	Raesfeld	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Gerswid Altenhoff-Weber	
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor
Dr. Elisabeth Schwenzow	Verwaltungsvorstandsmitglied
Olaf Sobek	
Karl-Peter Theis	
Eva-Maria Wilde	

Gäste:

André Pieperjohanns	Geschäftsführer RVM GmbH
---------------------	--------------------------

Es fehlen entschuldigt:

Volker Jürgen Himmel	Gronau
Bernhard Schemmer	Reken
Norbert Schulenkorf	Gescher

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Jasper eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben, jedoch bringt Herr Brandt Einwendungen gegen die Niederschrift zur Sitzung vom 31.05.2021 zu TOP 10 „Tarifmaßnahme zum 01.08.2022 im ÖPNV“ hervor. Seine Aussage zu TOP 10 sei in der Niederschrift nicht korrekt dargestellt worden.

Zur Richtigstellung wird die Niederschrift zu TOP 10 wie folgt geändert (Änderungen sind unterstrichen):

„Herr Höschler macht deutlich, die SPD sei gegen eine Preiserhöhung im ÖPNV und habe daher beantragt, den Beschlussvorschlag Nr. 1 so zu formulieren, dass auf eine moderate Preissenkung hingewirkt werde (siehe Vorlage 0224/2021/KREIS zu TOP 10.1).

Herr Himmel bestätigt, dass das Tarifsysteem umgestellt werden müsse. In den ÖPNV würden Bundes-, Landes-, und Kreismittel sowie Kundengelder fließen. Momentan habe der ÖPNV erhebliche Probleme, auch aufgrund der Einnahmeausfälle durch die Corona-Pandemie. Man müsse daher ein Ergebnis anstreben, dass zu allen Partnern der Tarifgemeinschaft einigermaßen passe.

Frau Timotijević stellt klar heraus, dass DIE GRÜNEN dem Beschlussvorschlag zur Preiserhöhung nicht zustimmen werden. Der Kreis Borken könne sich den ÖPNV als Daseinsvorsorge etwas kosten lassen. Er müsse durch die Allgemeinheit getragen werden.

Frau Dannenbaum spricht sich auch dafür aus, dass die UWG der Preiserhöhung nicht zustimmen werde. Durch die Pandemie wurde der ÖPNV von noch weniger Fahrgästen genutzt, dadurch seien enorme Ausfälle bei den Fahrgeldeinnahmen entstanden. Es passe dann nicht zusammen, dass dann auch noch die ÖPNV-Preise erhöht werden sollen. Dadurch schrumpfe die Gruppe der ÖPNV-Nutzenden noch weiter.

Herr Jasper entgegnet, die Kreisverwaltung wolle keine Preise erhöhen und könne dies rechtlich auch nicht umsetzen. Bei der Umsetzung einer Tarifmaßnahme sei das Geflecht der mitwirkenden Institutionen enorm groß. Die verschiedenen Partner hätten unterschiedlichste Interessen. Sollten sich die Partner nicht einigen, würde aufgrund der bestehenden Verträge ohnehin mindestens mit dem Index die Preise erhöht.

Frau Dr. Schwenzow führt aus, das Land NRW habe rechtlich vorgegeben, dass wir uns zu einer Tarifgemeinschaft zusammenfinden müssen. Daher sind wir an die Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe gebunden, ein Austritt ist so ohne Weiteres nicht möglich. Sie erklärt, eigenwirtschaftliche Verkehre würden sich nicht durch öffentliche Mittel finanzieren, sondern einzig und allein durch die Fahrgeldeinnahmen. Dadurch besteht das gesteigerte Interesse an der Kostendeckung durch die Fahrgeldeinnahmen, was sich wiederum in Tarif-erhöhungen widerspiegelt. In der Tarifgemeinschaft wird bereits jetzt für das Jahr 2022 ver-

handelt, daher werde der Ausschuss frühzeitig durch das Einbringen dieser Vorlage darüber in Kenntnis gesetzt.

Herr Höschler bringt ein, Tarifierhöhungen würden nicht zu einer Fahrgast-Zunahme führen, dadurch würden weitere Verluste bei den Verkehrsunternehmen entstehen. Preiserhöhungen seien öffentlich nicht positiv besetzt. Die Kreisverwaltung solle auf eine Tarifsenkung hinarbeiten. Wenn dabei eine Preisgleichheit herauskäme, sei dies auch ein Fortschritt.

Herr Brandt bekräftigt, der ÖPNV solle für alle Bürgerinnen und Bürger kostenfrei sein. Ggf. könne eine Kostensenkung des ÖPNV über steuerliche Erleichterungen der Verkehrsunternehmen z. B. bei der Umsatzsteuer erzielt werden.

Frau Ebbing greift auf, die Fahrten mit dem ÖPNV müssten insgesamt günstiger sein als Fahrten mit dem Auto.

Herr Gebing teilt mit, die FDP sehe nicht, dass ÖPNV-Preise allein die Stellschraube zur ÖPNV-Nutzung oder –Nichtnutzung sei, sondern die Anbindung sei ein entscheidender Faktor.

Das Gremium spricht sich einheitlich für eine getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlussvorschläge aus.“

Herr Jasper stellt Einvernehmen über die Anpassung der Niederschrift im Gremium fest.

Herr Leon Pleuger wird vom Vorsitzenden Jasper als neuer sachkundiger Bürger im Ausschuss für Verkehr und Bauen begrüßt und durch das Nachsprechen folgender Worte

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde.“

verpflichtet.

Vorsitzender Jasper bedankt sich bei Herrn Theis, Fachbereichsleitung Geoinformation und Liegenschaftskataster – FB 62, für seine rund 16-jährige Mitarbeit im Ausschuss und wünscht ihm im Namen des gesamten Gremiums alles Gute, Zufriedenheit und vor allem Gesundheit im Ruhestand.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: 1. Controllingbericht der Budgets 07, 09 und 12 zum 30.06.2021 Vorlage: 0304/2021/KREIS

Der Ausschuss für Verkehr und Bauen nimmt den 1. Controllingbericht zum 30.06.2021 für die Budgets 07 – Verkehr, 09 – Geoinformation und Liegenschaftskataster sowie 12 – Straßen, Gebäude und Grünflächen zur Kenntnis.

Punkt 2: Einleitung des wettbewerblichen Verfahrens für das Linienbündel BOR 8
Vorlage: 0306/2021/KREIS

Beschluss: einstimmig beschlossen

Der Ausschuss für Verkehr und Bauen empfiehlt dem Kreisausschuss/Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt für die Linie 853 (Bündel 8) das wettbewerbliche Verfahren nach den in der Sachdarstellung beschriebenen Vorgaben einzuleiten.

Punkt 3: Einsatz von Bussen mit alternativen Antrieben im Kreis Borken
Vorlage: 0305/2021/KREIS

Beschluss: einstimmig beschlossen

Der Ausschuss für Verkehr und Bauen empfiehlt dem Kreisausschuss/Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung über den Einsatz von Bussen mit alternativen Antrieben im Kreis Borken zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, über die weitere Entwicklung zu berichten.

Punkt 3.1: Vortrag durch Herrn André Pieperjohanns, Geschäftsführung RVM GmbH

Herr Pieperjohanns, Geschäftsführer der Regionalverkehr Münsterland GmbH, referiert ergänzend zu der Sitzungsvorlage 0305/2021/KREIS unter TOP 3 über alternative Antriebsarten von Bussen, deren Voraussetzungen sowie Kosten.

Hinweis der Verwaltung:

Die Präsentation wurde bereits im Nachgang zur Sitzung in Session eingestellt.

Punkt 4: Sachstand Radschnellweg RS2 Westmünsterland / Bahnreaktivierung

Punkt 4.1: Sachstand Radschnellweg RS2 Westmünsterland

Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow berichtet, die Räte der Kommunen Bocholt und Rhede hätten am 01.09.2021 politische Beschlüsse zur Befürwortung des Neubaus des Radschnellwegs RS2 durch den Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen.NRW) sowie Durchführung der städtischerseits erforderlichen Maßnahmen zur abschließenden Planung, Schaffung und Realisierung des Vorhabens gefasst. Die vertiefenden Planungen für den ersten Abschnitt Bocholt – Rhede (rund 7 km) seien weit vorangeschritten. Bauwerke sowie Streckenführung seien durchgeplant und technische Planungen fast finalisiert. Das formale Linienabstimmungsverfahren sei ebenfalls weitgehend abgeschlossen. Die finale Entwurfsplanung der Beleuchtung liege bereits vor. Kleinere Absprachen mit Straßen.NRW zur umweltgerechten Ausgestaltung der Beleuchtung im Außenbereich werden noch geführt. Die Umweltplanungen seien weitgehend ausgeführt und Kompensationsfragen mit den Kommunen in konkreter Klärung. Vorbehaltlich der laufenden Abstimmungen mit dem Land werde angestrebt, die Planungsarbeiten zum Jahresende an Straßen.NRW zu

übergeben. Dann habe das Land zu entscheiden, welches Verfahren zur Erlangung von Planrecht angewandt werde (Planfeststellung oder Fall unwesentlicher Bedeutung).

**Punkt 4.2: Machbarkeitsstudie für die Schienenverbindung Bocholt-Borken-Coesfeld-(Münster) – abschließende Ergebnisse;
Antrag der SPD-Fraktion v. 01.09.2021
Vorlage: 0307/2021/KREIS**

Herr Höschler erklärt, der Antrag der SPD-Fraktion habe sich durch die Stellungnahme der Verwaltung vom 07.09.2021 erledigt.

Im Rahmen dieser Thematik richtet Herr Höschler einen Wunsch an die Verwaltung, die beteiligten Akteure und dessen Zuständigkeiten in einer der kommenden Ausschuss-Sitzungen darzustellen.

Frau Dr. Schwenzow nimmt diesen Wunsch gerne mit und sehe diesen Tagesordnungspunkt aufgrund seiner Komplexität in einer Sitzung mit überschaubarer Tagesordnung vor.

Beschluss: Erledigung durch Stellungnahme der Verwaltung vom 07.09.2021

**Punkt 5: Ausbau der Ladeinfrastruktur im Kreis Borken;
Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen v. 02.09.2021
Vorlage: 0313/2021/KREIS**

Verwaltungsvorstandsmitglied Dr. Schwenzow informiert, die Beratungszuständigkeit dieses Antrages liege beim Ausschuss für Wirtschaft, Kreisentwicklung und Digitalisierung. Jedoch wollte die Verwaltung nicht bis zur kommenden Sitzung des Kreisentwicklung-Ausschusses im November warten, um einen aktuellen Sachstand zur Ladeinfrastruktur geben zu können. Die Kreisverwaltung arbeite schon längere Zeit an dem Thema. So sei bereits ein Fachvortrag von Westenergie AG mit dem Fokus auf Schnellladesäulen in der Bürgermeisterkonferenz am 17.08.2021 gehalten worden. Danach habe eine angeregte Diskussion gezeigt, dass die kreisangehörigen Kommunen dieses Thema bei sich verortet sehen und dieses vorantreiben wollen. Komplexer würde es sich bei den beteiligten Akteuren (Kommunen, Stadtwerken, Versorger etc.), den Ladesäulentypen und der Abrechnung gestalten. Für den 23.09.2021 sei ein großes Treffen mit allen ansässigen Stadtwerken und Westenergie AG geplant. Die Kreisverwaltung setze bereits die Installation von fünf Wallboxen für fünf E-Autos in der kreiseigenen Tiefgarage um.

Es besteht Einigkeit darüber, dass der Antrag an den Ausschuss für Wirtschaft, Kreisentwicklung und Digitalisierung verwiesen wird.

Beschluss: Verweisung an Ausschuss für Wirtschaft, Kreisentwicklung und Digitalisierung

**Punkt 6: Kampagne Abstand halten im Kreis Borken;
Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen v. 02.09.2021
Vorlage: 0312/2021/KREIS**

Frau Dr. Schwenzow teilt mit, den Wunsch einer Öffentlichkeitskampagne für mehr Sicherheit für Radfahrende, insbesondere für die Einhaltung vorgeschriebener Mindestabstände beim Überholen von Radfahrenden und Fußgängern, mit der Kreispolizei sowie der Kreis-

verkehrswacht zu thematisieren und abzuklären zu welchem Zeitpunkt eine solche Kampagne für sinnvoll erachtet wird.

Beschluss: einstimmig beschlossen

Der Ausschuss für Verkehr und Bauen empfiehlt dem Kreisausschuss/Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, möglichst in Zusammenarbeit mit der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht, eine Öffentlichkeitskampagne für mehr Sicherheit für Radfahrende zu veranlassen. Im Rahmen einer Themenkampagne soll in Print & Social Media für mehr Fairness im Straßenverkehr, hier insbesondere für die Einhaltung notwendiger und auch vorgeschriebener Mindestabstände beim Überholen von Radfahrenden und Fußgängern geworben werden.

Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 7.1: Verlängerung R 61 im Rahmen des Berkelfestivals - Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 22.01.2021

Frau Dr. Schwenzow erläutert, die Verwaltung habe mit den Organisatoren des Berkelfestivals Kontakt aufgenommen. Am 21.08.2021 habe das Festival mit vier aufeinanderfolgenden Konzerten (je 350 Plätze) stattgefunden. Aufgrund der geringen Nachfrage und einer geringen Teilnahme deutscher Personen habe man von einem Shuttleservice Abstand genommen.

Punkt 7.2: "Halten auf Wunsch" im ÖPNV

Frau Dr. Schwenzow greift auf, in der Sitzung des Kreistages vom 23.06.2021 sei beschlossen worden, eine Sitzungsvorlage für den Ausschuss zum Thema „Halten auf Wunsch im ÖPNV“ auszuarbeiten. Der aktuelle Nahverkehrsplan des Kreises Borken sehe als Prüfauftrag eine Einführung der Serviceleistung „Halten auf Wunsch“ zwischen zwei regulären Haltepunkten speziell in den Abendstunden vor. Dies erfordere ein Mitwirken aller betroffenen Verkehrsunternehmen, die dieses Angebot gewöhnlich aufgrund der Haftungsproblematik für das Fahrpersonal mit ihren Betriebsräten abklären müssen. Zudem habe jede einzelne ÖPNV-Verbindung einen eigenen ggf. auch knappen Fahrplan, so dass der individuelle Haltewunsch nicht auf jeder Linie ermöglicht werden könne. Die Verwaltung werde zur kommenden Ausschusssitzung zum „Halten auf Wunsch“ eine Sitzungsvorlage vorbereiten.

Punkt 7.3: Baumwollexpress (SBus) - Ablehnung des Förderantrages zum "Modellprojekt zur Stärkung des ÖPNV" des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

Frau Dr. Altenhoff-Weber informiert, dass die Verwaltung heute eine Absage zum Förderprogramm „Modellprojekt zur Stärkung des ÖPNV“ – Baumwollexpress (SBus) erhalten habe. Diese Nachricht sei sehr enttäuschend gewesen. Morgen sei ein Termin mit dem Verkehrsministerium NRW anberaumt, um zu erfahren, welche weiteren Fördermöglichkeiten zur Verfügung stünden. Insgesamt hätten gerade einmal 12 der rund 160 eingereichten Anträge eine Förderzusage erhalten. Sobald der Verwaltung mehr Informationen vorliegen, erfolge ein Bericht im Ausschuss.

Frau Dr. Schwenzow ergänzt, wie eine konkrete Umsetzung des Baumwollexpresses ggf. auch ohne Fördermittel aussehen könne, müsse erst neu betrachtet und bewertet werden.

Aufgrund der erst vor ein paar Stunden eingegangenen Förderabsage könne die Verwaltung hierzu noch keine Aussagen treffen. Eine politische Beschlussfassung finde wie bisher in den zuständigen Gremien statt.

Punkt 7.4: Entwicklung des Zweckverbandes Mobilität Münsterland Fachbereich Bus (ZVM Bus)

Verwaltungsvorstandmitglied Dr. Schwenzow teilt mit, der Fachausschuss des Kreises Coesfeld habe am 23.07.2021 folgenden Beschluss gefasst: „Die Verwaltung wird damit beauftragt, bis zum Jahresende mit den Kreisen Borken, Warendorf und Steinfurt sowie mit der Stadt Münster eine Vereinbarung zur gemeinsamen Entwicklung des ZVM Bus vorzubereiten. Sollte die Zielsetzung für eine gemeinsame Ausrichtung des ZVM Bus nur noch einen kleinsten gemeinsamen Nenner haben, soll ergebnisoffen geprüft werden, ob eine Rückholung der Aufgaben in die Kreisverwaltung des Kreises COE eine sinnvolle Alternative darstellt.“ Die Stadt Münster habe kein Interesse sich am ZVM Bus zu beteiligen, da sie vergleichbare Strukturen über die Stadtwerke Münster aufweise. Die Verwaltungen der Kreise Coesfeld, Warendorf und Borken könnten sich eine weitere Zusammenarbeit mit einem modernisierten ZVM Bus vorstellen. Die Verwaltung des Kreises Steinfurt habe noch um Bedenkzeit über eine Beteiligung beim ZVM Bus gebeten. Ziel sei es, einen „4er Bund“ der Kreise Coesfeld, Warendorf, Steinfurt und Borken mit einer großen gemeinsamen Schnittmenge und somit höchstem Synergiepotenzial zu erreichen. Dieser müsse nach entsprechenden Vorplanungen in den politischen Gremien beraten werden.

Punkt 7.5: Sachstand zur Tarifmaßnahme zum 01.08.2022 im ÖPNV - WestfalenTarif im Münsterland

In der Sitzung des Kreistages vom 24.06.2021 sei beschlossen worden, dass die Vertreterinnen und Vertreter auf eine moderate Preiserhöhung in den M-Preisstufen hinwirken sollen und dabei eine durchschnittliche Erhöhung von bis zu 2 % nicht überschritten werden solle, so Frau Dr. Schwenzow. Der Inflationsindex (Rückfallebene) liege inzwischen bei rund 1,8 %. Es sei daher davon auszugehen, dass sich einige Mitglieder der WestfalenTarif-Gemeinschaft für eine Steigerung oberhalb der 2 % einsetzen werden.

Punkt 8: Anfragen

Punkt 8.1: Sachstand zum Antrag 12-01 UWG/Stadtpartei-Fraktion "Entsorgung Grünschnitt der Randstreifen an Kreisstraßen"

Herr Warschewski erinnert an den Antrag der UWG-Fraktion über die Entsorgung von Grünschnitt der Randstreifen an Kreisstraßen. In der vorletzten Sitzung habe Herr Sonntag eine Berichterstattung zugesagt. Herr Grothues sagt zu, dass in der nächsten Sitzung zu dem Antrag Stellung genommen werde.

Ende des öffentlichen Teils

B. Nichtöffentlicher Teil

Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 10: Anfragen

Der Vorsitzende Herr Jasper schließt die Sitzung.

Gez.

Markus Jasper
Vorsitzender

Gez.

Eva-Maria Wilde
Schriftführung

Gez.

Olaf Sobek